

www.2010againstopoverty.eu
2010againstopoverty@ec.europa.eu

Falls Sie an den **Veröffentlichungen** der Generaldirektion Beschäftigung, Soziales und Chancengleichheit interessiert sind, können Sie sie unter folgender Adresse herunterladen oder kostenfrei abonnieren:

<http://ec.europa.eu/social/publications>

Unter der folgenden Adresse können Sie sich auch gerne für den kostenlosen E-Newsletter der Europäischen Kommission *Social Europe* anmelden:

<http://ec.europa.eu/social/e-newsletter>

<http://ec.europa.eu/social/>



Amt für Veröffentlichungen

ISBN 978-92-79-13666-5



9 789279 136665

EUROBAROMETER-STUDIE ZU ARMUT UND SOZIALER AUSGRENZUNG 2009



Europäische Kommission

2010
Europäisches Jahr
zur Bekämpfung von
Armut und
sozialer Ausgrenzung

www.2010againstopoverty.eu

***Europe Direct soll Ihnen helfen, Antworten auf Ihre
Fragen zur Europäischen Union zu finden***

Gebührenfreie einheitliche Telefonnummer (*):

00 800 6 7 8 9 10 11

(*) Einige Mobilfunkanbieter gewähren keinen Zugang zu 00 800-Nummern
oder berechnen eine Gebühr.

IMPRESSUM

Weder die Europäische Kommission noch Personen, die in ihrem Namen handeln, sind für die Verwendung der in dieser Veröffentlichung enthaltenen Informationen verantwortlich.

Foto Michel Loriaux © Europäische Union

Zahlreiche weitere Informationen zur Europäischen Union sind verfügbar über Internet,
Server Europa (<http://europa.eu>).

Bibliografische Daten befinden sich am Ende der Veröffentlichung.

Luxemburg: Amt für Veröffentlichungen der Europäischen Union, 2009

ISBN 978-92-79-13666-5

doi: 10.2767/51184

© Europäische Union, 2009

Nachdruck mit Quellenangabe gestattet.

Reproduktion der Fotos ist nicht erlaubt.

Printed in Belgium

GEDRUCKT AUF CHLORFREI GEBLEICHTEM PAPIER

Europäische Kommission

EUROBAROMETER-STUDIE ZU ARMUT UND SOZIALER AUSGRENZUNG | 2009

Luxemburg: Amt für Veröffentlichungen der Europäischen Union

2009 — 8 S. — 21 × 29,7 cm

ISBN 978-92-79-13666-5

doi: 10.2767/51184

Die Druckausgabe dieser Veröffentlichung ist in allen Amtssprachen der EU erhältlich.

Wo erhalte ich EU-Veröffentlichungen?

Kostenpflichtige Veröffentlichungen:

- über den EU Bookshop (<http://bookshop.europa.eu>);
- über die Buchhandlung mit Angabe des Titels, des Verlags und/oder der ISBN-Nummer;
- direkt über eine unserer Verkaufsstellen. Die Kontaktangaben erhalten Sie über die Internetadresse <http://bookshop.europa.eu> oder durch eine Anfrage per Fax unter der Nummer +352 2929-42758.

Kostenlose Veröffentlichungen:

- über den EU Bookshop (<http://bookshop.europa.eu>);
- bei den Vertretungen und Delegationen der Europäischen Kommission.
Die Kontaktangaben erhalten Sie über die Internetadresse <http://ec.europa.eu> oder durch eine Anfrage per Fax unter der Nummer +352 2929-42758.

EINFÜHRUNG

Solidarität ist ein Leitgrundsatz der Europäischen Union, der auf dem Gedanken basiert, dass wirtschaftlicher Wohlstand und finanzielle Lasten gerecht unter allen Bürgern verteilt werden sollten. Dennoch leben fast 80 Millionen Europäer unterhalb der Armutsgrenze, und viele EU-Bürger haben erhebliche Schwierigkeiten, sich Zugang zu Arbeit, Bildung, Wohnungen, Sozial- und Finanzdienstleistungen zu verschaffen.

Zehn Jahre nach dem Beschluss der Staats- und Regierungschefs, nachhaltig gegen die Armut in der EU vorzugehen, wurde das Jahr 2010 zum **Europäischen Jahr zur Bekämpfung von Armut und sozialer Ausgrenzung** ausgerufen. Vier bereichsübergreifende Ziele und Leitprinzipien stehen dabei im Vordergrund:

- Die Anerkennung des Grundrechts der von Armut und sozialer Ausgrenzung Betroffenen auf ein Leben in Würde und auf eine aktive Teilhabe an der Gesellschaft;
- Das Prinzip der kollektiven Verantwortung und Teilhabe, unter Betonung der Verantwortlichkeit der Allgemeinheit sowie des Einzelnen im Kampf gegen Armut und soziale Ausgrenzung;
- Die Förderung eines stärkeren sozialen Zusammenhalts durch die Sensibilisierung der Öffentlichkeit für die Vorteile, die sich aus der Bekämpfung der Armut und einer besseren sozialen Integration für alle Mitglieder der Gesellschaft ergeben;
- Ein starkes politisches Engagement und konkrete Maßnahmen zur Beseitigung von Armut und sozialer Ausgrenzung auf allen Entscheidungsebenen sowie eine Bekenntnis zu diesen Zielen in der Gesellschaft.

Die vorliegende Broschüre bietet einen Überblick über die wichtigsten Ergebnisse einer Eurobarometer-Umfrage zum Thema Armut und soziale Ausgrenzung, die im Oktober 2009 veröffentlicht wurde.

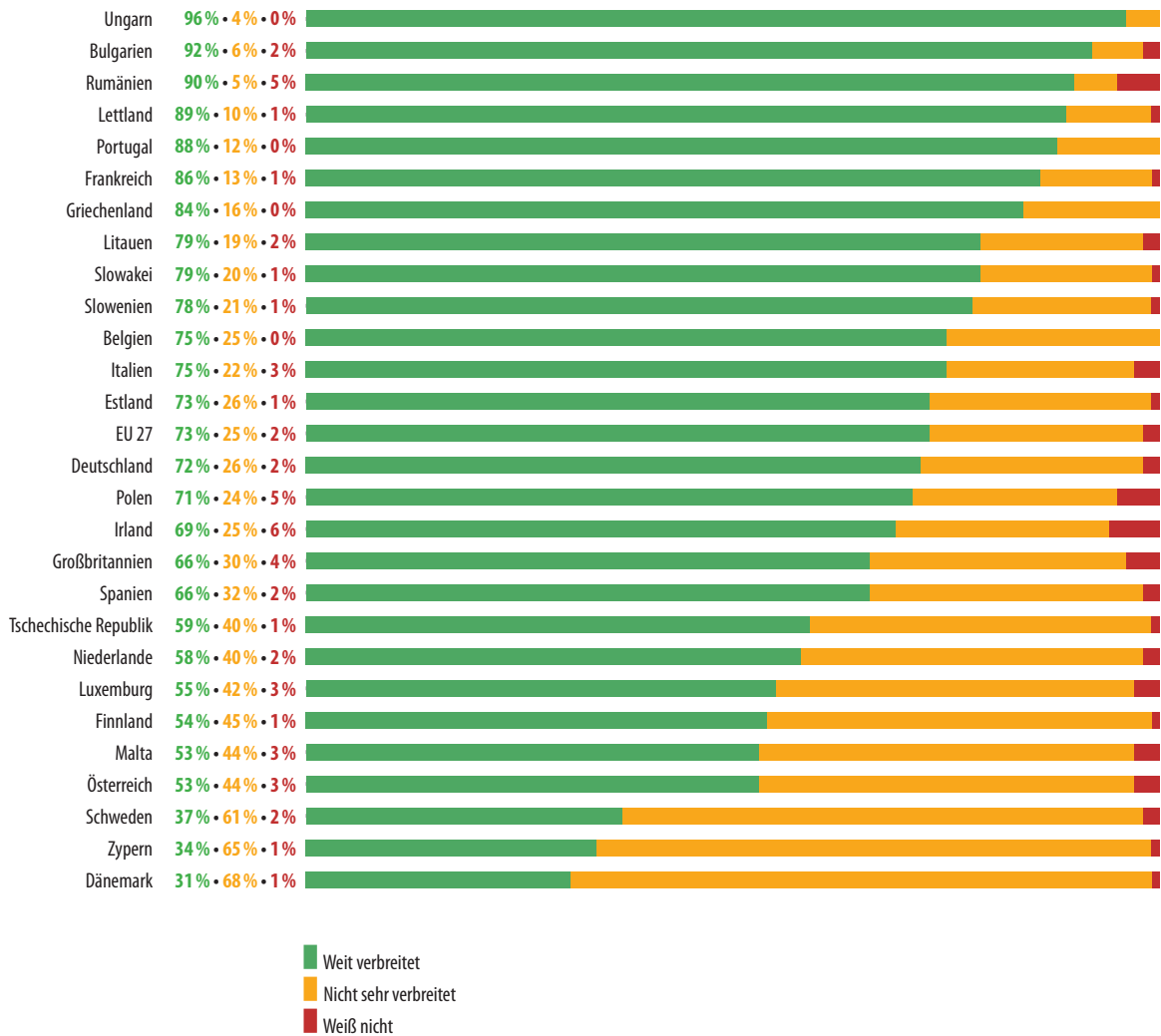
Die Umfrage wurde von der Generaldirektion (GD) Beschäftigung, Soziales und Chancengleichheit der Europäischen Kommission in Auftrag gegeben und vom 28. August bis zum 7. September 2009 vom *TNS Opinion & Social network* durchgeführt. Hinweise zum technischen Ablauf der von den Instituten des *TNS Opinion & Social network* durchgeführten Befragungen sind dem vollständigen Bericht zusammen mit den Ergebnistabellen im Anhang beigefügt.

1. DAS EMPFUNDENE AUSMASS DER ARMUT IN DER EU

In der EU leben fast 80 Millionen Menschen, d. h. 16% der Gesamtbevölkerung, unterhalb der Armutsgrenze. Laut den Ergebnissen der Umfrage verstehen die europäischen Bürger Armut unterschiedlich. Rund ein Viertel (24%) der Befragten betrachtet Menschen als arm, deren finanzielle Ressourcen so begrenzt sind, dass ihnen eine volle Teilnahme an der Gesellschaft, in der sie leben, nicht möglich ist. Für weitere 22% der befragten Personen bedeutet Armut, dass die Betroffenen kein Geld für lebensnotwendige Dinge haben, während 21% Armut als die Abhängigkeit von Wohltätigkeitsorganisationen oder öffentlichen Beihilfen definieren. Für eine beträchtliche Minderheit (18%) gelten Menschen als arm, deren verfügbare finanzielle Mittel pro Monat unterhalb der offiziellen Armutsgrenze liegen.

Nahezu drei Viertel (73%) aller befragten Personen glauben, dass Armut in ihrem Land weit verbreitet ist. Das Ausmaß der Armutsverbreitung wird in den einzelnen Ländern jedoch sehr unterschiedlich eingeschätzt.

Wie verbreitet ist Armut Ihrer Meinung nach in (EIGENES LAND)?

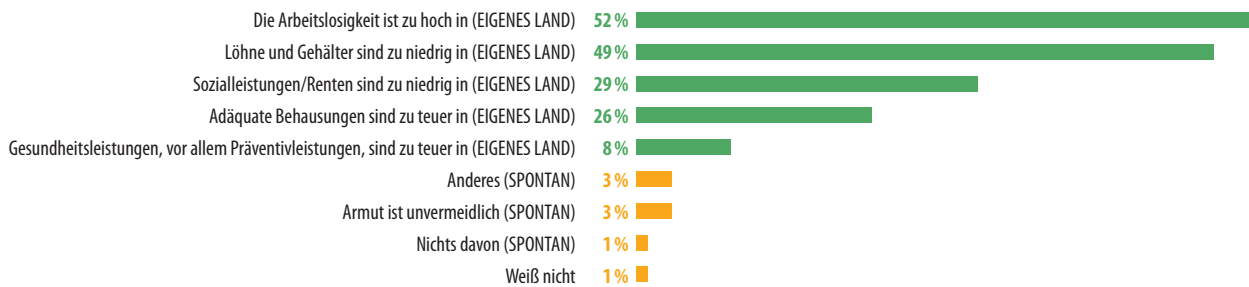


Mehr als achte von zehn Europäern (84%) sind der Auffassung, die Armut in seinem Land habe in den letzten drei Jahren zugenommen. Über die Hälfte aller Bürger in Ungarn (64%), Lettland (62%) und Griechenland (54%) glauben, die Armut habe „stark zugenommen“.

2. EMPFUNDENE URSACHEN FÜR ARMUT

Armut wird sowohl über „gesellschaftliche“ als auch über „persönliche“ Ursachen erklärt. Eine hohe Arbeitslosigkeit sowie unzureichende Löhne und Gehälter sind die am häufigsten genannten „gesellschaftlichen“ Erklärungen für Armut, neben unzureichenden Sozialleistungen und Renten sowie exzessiven Kosten für adäquaten Wohnraum, während eine mangelnde Schul- oder Berufsbildung oder unzureichende Fachkenntnisse sowie eine „ererbte“ Armut und Suchterkrankungen die meistgenannten „persönlichen“ Gründe für Armut sind.

Welche zwei der folgenden gesellschaftlichen Faktoren sind Ihrer Meinung nach die Hauptursachen für Armut?



Welche zwei der folgenden Gründe sind Ihrer Meinung nach hauptsächlich dafür verantwortlich, dass bestimmte Menschen in Armut leben? (ROTIEREN – MAX. 2 ANTWORTEN)



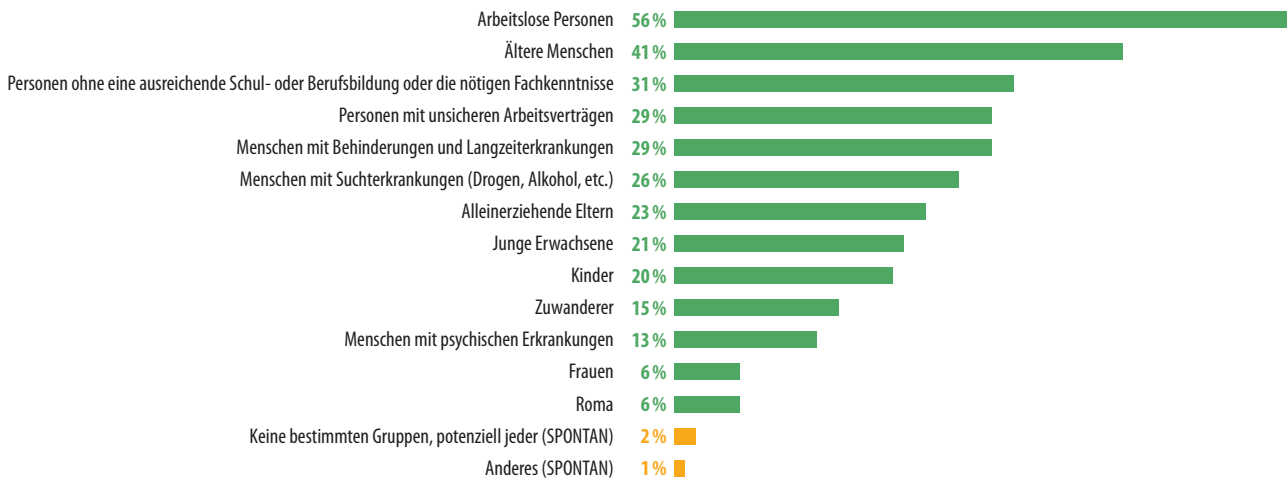
Eine mangelnde Schul- oder Berufsbildung oder unzureichende Fachkenntnisse werden von 53 % der befragten Personen in den Niederlanden und von jeweils 51 % der Befragten in Dänemark und Deutschland als Gründe für Armut angesehen. In den südeuropäischen Ländern – insbesondere Zypern (44 %) – wird Armut vornehmlich als „ererbtes“ Problem betrachtet. Südeuropäer messen familiären und gesellschaftlichen Bindungen außerdem eine höhere Bedeutung zu (32 % der befragten Personen in Portugal sind beispielsweise der Ansicht, dass Armut auf eine mangelnde Unterstützung von Freunden oder Angehörigen zurückzuführen ist).

In vielen Ländern wird Armut mit hohen Wohnkosten in Verbindung gebracht: 67 % aller Europäer empfinden die Kosten für adäquate Behausungen als zu hoch. Diese Ansicht ist in der Tschechischen Republik und Zypern (jeweils 89 %) sowie in Luxemburg, Malta (jeweils 86 %) und der Slowakei (84 %) besonders verbreitet.

3. WER WIRD ALS BESONDERS ARMUTSGEFÄHRDET EMPFUNDEN?

Mehr als die Hälfte aller Europäer (56%) ist der Ansicht, dass arbeitslose Personen am stärksten von Armut bedroht sind. 41% halten ältere Menschen für besonders gefährdet, 31% glauben, dass Personen mit einer mangelnden Schul- oder Berufsbildung oder unzureichenden Fachkenntnissen dem größten Risiko ausgesetzt sind. Andere gesellschaftliche Gruppen, die von europäischen Bürgern als gefährdet eingestuft werden, umfassen Personen mit unsicheren Arbeitsverträgen sowie Menschen mit Behinderungen und Langzeiterkrankungen.

Welche der folgenden Gruppen sind in der Gesamtbevölkerung von (EIGENES LAND) Ihrer Meinung nach am stärksten von Armut bedroht?



Die Umfrage zeigt ferner, dass das Alter der Befragten einen maßgeblichen Einfluss auf die Einschätzung der Armutsgefährdung unter älteren Menschen hat: Weitaus weniger junge Europäer (zwischen 15 und 24 Jahren) als „ältere“ Bürger (ab 55 Jahren) halten ältere Menschen für besonders armutsgefährdet (33% gegenüber 45%).

4. WER EMPFINDET SICH PERSÖNLICH ALS ARMUTSGEFÄHRDET?

Obgleich Armut als ein weit verbreitetes und wachsendes Problem betrachtet wird, stuft sich die Mehrheit der Europäer selbst nicht als armutsgefährdet ein.

Laut einer Reihe von „Tests zur persönlichen Risikobewertung“ – darunter die Fähigkeit, mit den verfügbaren Einkünften auszukommen und Rechnungen bezahlen zu können, das Gefühl der Überschuldung, die Erwartung, in einem Arbeitsverhältnis zu bleiben (oder nicht zu bleiben) und das empfundene Risiko der Obdachlosigkeit – sind die meisten Europäer zuversichtlich, was ihre persönliche Situation angeht.

In Haushalten gibt es oft mehrere Einkommensquellen, und es kann sein, dass mehrere Haushaltsmitglieder zu dem Gesamteinkommen beitragen. Wie schwer ist es für Sie, mit dem monatlichen Gesamteinkommen Ihres Haushalts auszukommen?

	Leicht	Mittel	Schwer	Weiß nicht
EU 27	30 %	56 %	12 %	2 %
DK	57 %	37 %	5 %	1 %
SE	53 %	41 %	4 %	2 %
NL	50 %	40 %	8 %	2 %
LU	47 %	46 %	5 %	2 %
DE	45 %	45 %	9 %	1 %
AT	43 %	50 %	6 %	1 %
FI	43 %	53 %	3 %	1 %
BE	38 %	50 %	11 %	1 %
UK	35 %	54 %	8 %	3 %
SI	33 %	54 %	13 %	-
IE	30 %	54 %	10 %	6 %
ES	28 %	60 %	10 %	2 %
FR	25 %	62 %	12 %	1 %

	Leicht	Mittel	Schwer	Weiß nicht
IT	24 %	61 %	13 %	2 %
MT	24 %	65 %	9 %	2 %
SK	24 %	63 %	13 %	-
CY	23 %	54 %	23 %	-
PL	21 %	59 %	17 %	3 %
PT	21 %	62 %	15 %	2 %
EE	20 %	65 %	13 %	2 %
LT	20 %	60 %	18 %	2 %
CZ	17 %	69 %	13 %	1 %
LV	12 %	56 %	30 %	2 %
EL	11 %	54 %	35 %	-
RO	9 %	63 %	24 %	4 %
BG	5 %	52 %	40 %	3 %
HU	5 %	61 %	34 %	-

Unter arbeitslosen Personen ist das empfundene Armutsrisiko sehr viel ausgeprägter als im EU-Durchschnitt:

- Arbeitslose fühlen sich mit doppelt so hoher Wahrscheinlichkeit dem Risiko der Überschuldung ausgesetzt (50% gegenüber 27% im EU-Durchschnitt).
- Arbeitslose haben mit doppelt so hoher Wahrscheinlichkeit konstante Schwierigkeiten, Rechnungen und Kreditverbindlichkeiten zu begleichen (46% gegenüber 21%).
- Arbeitslose empfinden es als dreimal schwieriger, in ihrem Haushalt mit den verfügbaren Einkünften auszukommen (31% gegenüber 12%).
- Arbeitslose sehen sich einem doppelt so hohen Obdachlosigkeitsrisiko ausgesetzt (16% gegenüber 7%).

5. DIE AUSWIRKUNGEN VON ARMUT

Die allgemeine Lebenszufriedenheit von europäischen Bürgern, die Schwierigkeiten haben, mit ihren verfügbaren Einkünften auszukommen, liegt weit unter dem Durchschnitt. Darüber hinaus ist diese Personengruppe weniger zufrieden mit ihrer Gesundheit und ihrem Familienleben.

Zufriedenheit mit ... (auf einer Skala von 1-10, wobei 1 sehr unzufrieden und 10 sehr zufrieden bedeutet)	EU 27-Durchschnitt	Fähigkeit, mit den verfügbaren Einkünften auszukommen		
		Leicht	Mittel	Schwer
...dem Leben allgemein	6,9	7,8	6,7	4,9
...der eigenen Gesundheit	7,2	7,6	7,2	6,3
...dem Familienleben	7,7	8,2	7,7	6,7

Dies sind nicht die einzigen empfundenen Auswirkungen von Armut. Nahezu neun von zehn Europäern (87%) ist der Ansicht, Armut vermindere die Chancen, Zugang zu adäquaten Wohnverhältnissen zu erlangen; 80% glauben, Armut behindere den Zugang zu einer akademischen Bildung oder zur Erwachsenenweiterbildung, und 74% glauben, Armut beeinträchtige die Aussicht auf einen Arbeitsplatz. Die Mehrheit der europäischen Bürger (60%) ist der Überzeugung, dass Armut den Zugang zu einer guten schulischen Grundausbildung behindert, und 54% glauben, Armut beeinträchtigt die Fähigkeit, ein Netzwerk aus Freunden und Bekannten aufrechtzuerhalten. Viele der Befragten sind außerdem der Meinung, öffentliche Dienstleistungen seien nicht erschwinglich, was eine mögliche Erklärung dafür ist, warum Armut häufig als hinderlich für den Zugang zu Dienstleistungen angesehen wird.

→ Vor dem Hintergrund der Bevölkerungsüberalterung geben auch langfristige Pflegeleistungen Anlass zur Sorge: 45% halten diese für nicht erschwinglich. Rund ein Drittel der Befragten (35%) hält außerdem Kinderbetreuungsleistungen für zu teuer; 34% sind dieser Ansicht, was Dienstleistungen im sozialen Wohnungsbau betrifft.

Während die Mehrheit der Europäer keine Probleme beim Zugang zu Finanzdienstleistungen zu haben scheint, stehen stark armutsgefährdete Personen einer gänzlich anderen Situation gegenüber.

- **Arbeitslose Personen:** 70% der arbeitslosen Europäer haben Schwierigkeiten, eine Hypothek aufzunehmen, während der Anteil der von diesem Problem Betroffenen im EU-Durchschnitt bei 49% liegt. Weitere 58% aller arbeitslosen Personen haben, gegenüber einem EU-Durchschnitt von 34%, Probleme bei der Kreditaufnahme; 47% haben Schwierigkeiten, eine Kreditkarte zu bekommen (der EU-Durchschnitt liegt bei 27%).
- **Personen, die mit ihren verfügbaren Einkünften nicht auskommen:** Fast drei Viertel der zu dieser Gruppe zählenden Personen (72%) haben Schwierigkeiten, eine Hypothek aufzunehmen, 64% haben Probleme bei der Kreditaufnahme und 55% haben Schwierigkeiten, eine Kreditkarte zu bekommen.

Finanzielle Ausgrenzung: Ein schwerwiegendes Problem

Ist jemand erst einmal unter die Armutsgrenze gerutscht, kann es für den Betroffenen außerordentlich schwierig sein, der Armut wieder zu entkommen. Im nationalen Vergleich zeigen sich noch größere Ungleichheiten, was den Zugang zu Finanzdienstleistungen betrifft.

Hypothekenzugang: Lediglich 20% der befragten Personen in Finnland berichten über Probleme, verglichen mit 90% in Spanien.

Kreditzugang: Lediglich 12% der befragten Personen in Finnland geben an, Probleme bei der Kreditaufnahme zu haben, verglichen mit einer großen Mehrheit von 78% in Spanien. Mindestens die Hälfte aller befragten Personen in Bulgarien (53%) und Zypern (50%) berichtet ebenfalls über Schwierigkeiten.

Kreditkartenzugang: Der Anteil der Personen, die Probleme haben, eine Kreditkarte zu bekommen, liegt zwischen 12% in den Niederlanden und Schweden und 55% in Spanien.

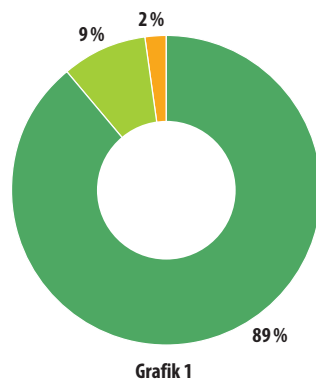
6. DIE BEKÄMPFUNG VON ARMUT

Durchschnittlich 89% aller Europäer sind der Meinung, dass ihre Regierungen dringend Maßnahmen gegen Armut ergreifen müssen. (Siehe grafik 1)

Dieser Auffassung sind nicht nur Personen, die sich selbst in Schwierigkeiten befinden; 85% aller Befragten, die gemäß ihres Haushaltseinkommens als gut situiert einzustufen sind, vertreten die Ansicht, dass das Problem der Armut dringende Regierungsmaßnahmen erfordert.

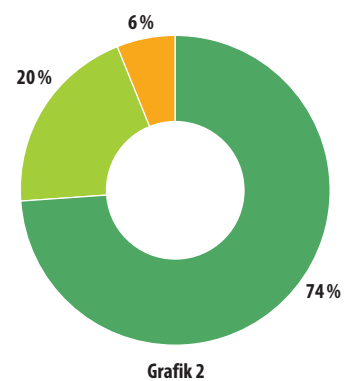
Bitte geben Sie jeweils an, inwieweit Sie den folgenden Aussagen zustimmen bzw. nicht zustimmen.
Die Armut in (EIGENES LAND) ist ein Problem, das dringende Regierungsmaßnahmen erfordert.

■ Stimme zu
■ Stimme nicht zu
■ Weiß nicht



Wie wichtig ist die Rolle der Europäischen Union Ihrer Meinung nach bei der Armutsbekämpfung?

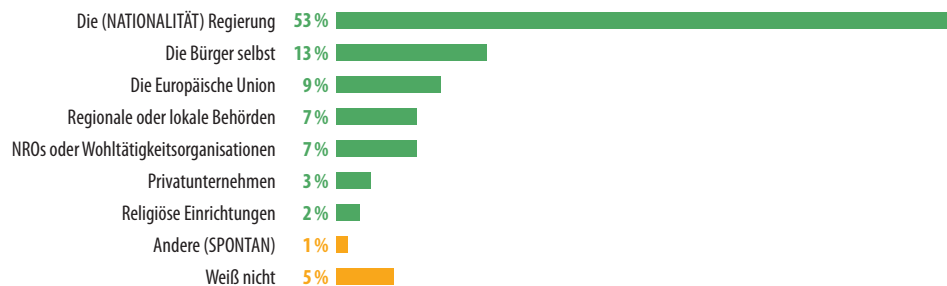
■ Wichtig
■ Nicht wichtig
■ Weiß nicht



Obleich die Mehrheit der Europäer nicht der Ansicht ist, die Bekämpfung der Armut sei in erster Linie Aufgabe der Europäischen Union, messen ihr viele Bürger eine wichtige Rolle zu (28% betrachten die EU als „sehr wichtig“, 46% als „ziemlich wichtig“).

Die Ansicht, dass die EU im Kampf gegen Armut eine wichtige Rolle spielt, ist in Europa weit verbreitet. Die höchsten Zustimmungsraten wurden dabei in Malta (93%) und in der Slowakei gemessen (91%).

Wer ist Ihrer Meinung nach hauptsächlich für die Reduzierung oder Verhinderung von Armut in (EIGENES LAND) verantwortlich?



Europaweit sind 53% der Bürger der Ansicht, dass in erster Linie die nationalen Regierungen für die Bekämpfung von Armut zuständig sind. Auf nationaler Ebene liegt der Anteil der Personen, die diese Auffassung vertreten, zwischen 24% (in Frankreich) und 85% (in Bulgarien). Andere Länder, in denen mehr als drei Viertel der Bürger der Regierung eine Schlüsselrolle zuweisen, sind Ungarn (80%) und Lettland (77%). Jedoch wird auch anderen wichtigen Akteuren eine Verantwortlichkeit zugemessen:

- Mehr als ein Viertel aller niederländischen Befragten ist der Ansicht, dass die Bekämpfung der Armut in erster Linie Aufgabe der **Bürger selbst** ist (27% gegenüber einem EU-Durchschnitt von 13%). Finnland ist der einzige weitere Mitgliedstaat, in dem diese Auffassung von mehr als einem Fünftel der Bürger (22%) vertreten wird.
- Mehr als ein Viertel aller französischen Befragten glaubt, die Bekämpfung der Armut sei in erster Linie Aufgabe von **NROs oder Wohltätigkeitsorganisationen**. (26% gegenüber einem EU-Durchschnitt von 7%).
- In Griechenland sind 23% der Bürger der Meinung, die Bekämpfung der Armut sei in erster Linie Aufgabe der **Europäischen Union** (gegenüber einem EU-Durchschnitt von 9%). In Luxemburg sind 20% dieser Auffassung.

FAZIT

Die EU-Bürger sind sich des Ausmaßes der Armut und der sozialen Ausgrenzung in der heutigen Gesellschaft stark bewusst: Fast drei Viertel aller befragten Personen sind der Ansicht, dass Armut in ihren jeweiligen Ländern weit verbreitet ist, auch wenn die Meinungen in den einzelnen Mitgliedstaaten stark voneinander abweichen. Als arm werden dabei vielfach Personen empfunden, deren finanzielle Ressourcen derart begrenzt sind, dass sie nicht voll am gesellschaftlichen Leben teilnehmen können, kein Geld für die lebensnotwendigen Dinge haben oder auf Wohltätigkeitsorganisationen oder öffentliche Beihilfen angewiesen sind.

Mehr als 80% der europäischen Bürger sind der Ansicht, dass die Armut in ihren jeweiligen Ländern in den letzten drei Jahren zugenommen hat. Dieser Befund ist vor dem Hintergrund der derzeitigen Wirtschaftskrise zu betrachten, deren vollständige Auswirkungen die Menschen erst noch zu spüren bekommen werden.

Arbeitslosigkeit sowie Löhne und Gehälter, die die Lebenshaltungskosten nicht oder unzureichend decken, sind die am häufigsten genannten „gesellschaftlichen“ Erklärungen für Armut. Hohe Wohnkosten stellen eine weitere empfundene Ursache für Armut dar: Zwei Drittel aller Europäer haben nach eigener Aussage Schwierigkeiten, adäquate Behausungen zu angemessenen Preisen zu finden. Zu den meistgenannten persönlichen Faktoren, die das Armutsrisiko nach Auffassung der Befragten erhöhen, gehören eine mangelnde Schul- oder Berufsbildung, unzureichende Fachkenntnisse, „ererbte“ Armut und Suchterkrankungen.

Die Umfrage bestätigt die empfundene Armutsgefährdung von arbeitslosen Menschen: Mehr als die Hälfte aller Europäer glaubt, dass Arbeitslose einem besonders hohen Armutsrisiko ausgesetzt sind. Fast 50% sind der Auffassung, dass arbeitslose Personen beim Empfang von Sozialleistungen Priorität haben sollten. Auch ältere Menschen werden weithin als eine stark armutsgefährdete gesellschaftliche Gruppe eingestuft.

Darüber hinaus empfinden sich arbeitslose Menschen gegenüber anderen Personen auch selbst häufiger als armutsgefährdet. Ist jemand erst einmal unter die Armutsgrenze gerutscht, kann es für den Betroffenen außerordentlich schwierig sein, der Armut wieder zu entkommen. Die Umfrage zeigt beispielsweise, dass fast 75% der Personen, die mit ihren verfügbaren Einkünften nicht auskommen, Schwierigkeiten haben, eine Hypothek aufzunehmen; nahezu ein Drittel hat Probleme bei der Kreditbewilligung, mehr als die Hälfte hat Schwierigkeiten, eine Kreditkarte zu bekommen.

Die überwiegende Mehrheit der Befragten ist der Meinung, dass das Problem der Armut dringende Maßnahmen erfordert: 90% vertreten dabei die Ansicht, dass die erforderlichen Schritte von den jeweiligen Regierungen ausgehen müssen. Für mehr als die Hälfte der Befragten sind die nationalen Regierungen die hauptverantwortlichen Akteure bei der Reduzierung oder Verhinderung von Armut.

Schließlich sind fast drei Viertel aller europäischen Bürger der Auffassung, dass die EU im Kampf gegen Armut eine wichtige Rolle spielt.